

Michendorfer **BLICK**



Mitteilungsblatt der SPD Michendorf für die Gemeinde Michendorf mit
Fresdorf, Langerwisch, Michendorf, Stücken, Wilhelmshorst und Wildenbruch

3. Ausgabe
April 2016



Rathaus, Foto: VGW

Bisherige Bilanz des Bürgermeisters von Michendorf:

Über 1.000 Tage im Amt, aber im Rathaus brennt noch kein Licht

Viele Michendorferinnen und Michendorfer stellen fest: 1.000 Tage haben noch nicht gereicht, um unseren Bürgermeister so richtig in Tritt kommen zu lassen. Die Bilanz von Bürgermeister Reinhard Mirbach ist – um es vorsichtig auszudrücken – bisher nicht wirklich positiv.

Auf drängende Nachfragen von Kundinnen und Kunden des Wasserzweckverbandes in den Informationsveranstaltung zu den Nachforderungen für Abwasseranschlüsse bekennt er freimütig, dass er als Vorsitzender des Abwasserzweckverbandes hinter der Entscheidung stehe, aber persönlich dagegen sei. Während also der Verbandsvorsteher Reinhard Mirbach mit gebotener juristischer Überzeugung die Bescheide verteidigt, legt unser Bürgermeister Reinhard Mirbach gleichzeitig Widerspruch gegen sie ein.

Ist diese Situation symptomatisch für die bisherige

Regentschaft unseres neuen Bürgermeisters? Bei den Gemeindefinanzen fehlt manchmal die gebotene Übersicht: während regelmäßig – entgegen der eigenen Planung – Haushaltsgeld in Millionenhöhe „übrig bleibt“ und auf dem Girokonto der Gemeinde schlecht angelegt ist, wird ebenso regelmäßig darüber diskutiert, die Grundsteuer zu erhöhen. Unser Bürgermeister ist daran nicht unbeteiligt. Bisher ist eine Erhöhung auch am Widerstand der SPD gescheitert.

Darüber hinaus wünscht man sich von unserem Bürgermeister mehr eigene politischen Initiativen und Ideen für die Gemeindeentwicklung. Die Diskussion zum Leitbild der Gemeinde ist durch eine zögerliche Herangehensweise bisher noch nicht so richtig vorangekommen. Ohne das Engagement der Mitglieder der inzwischen gebildeten Arbeitsgruppe ginge es gar nicht vorwärts.

Lesen Sie weiter auf Seite 2

Zum Inhalt

<i>1.000 Tage im Amt</i>	1
<i>Vorwort</i>	2
<i>Prioritäten im Straßenbau</i>	2
<i>Kiesabbau oder Deponie!</i>	3
<i>Bürger finanziell entlasten!</i>	3
<i>Integration für Flüchtlinge</i>	3
<i>Bahnhof soll gekauft werden!</i>	4
<i>Teltomat-Gelände</i>	4
<i>Für Sie aktiv: M. Hennemann</i>	4
<i>Nachlese zum WAZV</i>	4

Mehr Infos finden Sie im Internet unter: www.spd-michendorf.de

Vorwort

„Liebe Mitbürgerinnen und liebe Mitbürger,



dies ist nun die dritte Ausgabe unseres kleinen Informationsblattes. Wieder haben wir versucht,

aktuelle Themen unserer Gemeinde aufzugreifen. Vorangestellt haben wir eine kleine Bilanz der über 1.000 Tage, die Reinhard Mirbach (CDU) nun unser Bürgermeister ist. Er hat es sicher nicht leicht, aber das wusste er bereits vor seiner Wahl.

Manchmal ärgert man sich über die Mitglieder der Gemeindevertretung, über die Verwaltung und überhaupt über alles. Es gibt Mitglieder der Gemeindegremien, die jede Meinungsverschiedenheit als schlimm empfinden. Aber Demokratie funktioniert doch nur so, dass unterschiedliche Meinungen und Sichtweisen aufeinander treffen. Claudia Günter, Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Grüne, merkt zum Beispiel immer wieder an, man solle nicht in Koalition und Opposition denken, denn man sei schließlich kein Parlament. Der Bürgermeister stimmt ihr gerne zu, verlässt dann aber den Raum, um sich mit der Vorsitzenden der CDU-Fraktion und dem Vorsitzenden der FBL/UWG-Fraktion noch einmal unter sechs Augen abzustimmen.

So viel zum Thema Koalition und Opposition.

Mit herzlichen Grüßen
Volker Westphal

Tatsächlich fehlt bisher eine ausreichende Grundlage, um in einem Bürgerdialog die gemeinsamen Zukunftsthemen in der Gemeinde zu diskutieren. Aber auch hier kann er sich auf die SPD verlassen. Wir werden nicht destruktiv wirken. Wir werden mit den zu Gebote stehenden Mitteln weiter versuchen, die Leitbildentwicklung zu befördern!

Souveräne Politik ist immer auch das Ergebnis einer guten Verwaltung. Neben Sach- und Fachkenntnis mit professionellen Verfahren gehört zu einer wirklich guten (Unternehmens-) Führung, Gestaltungswille und Empathie bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu verankern. Bürgermeister Mirbach hat die letzten 1.000 Tage aber genau hier keine wirklich positiven Akzente gesetzt. Diskussionen um Personaleinsatz, He-

runtergruppierungen und Kündigungen haben die Arbeitsatmosphäre in der Gemeindeverwaltung eher belastet, als befördert. Natürlich trägt er dafür nicht allein die Verantwortung. Manche Entscheidung der Gemeindevertretung mag ihm persönlich auch nicht so gut gefallen haben. Aber wir dürfen nicht vergessen: er ist als Bürgermeister Mitglied der Gemeindevertretung und seine Partei hat mit der FBL/UWG die Mehrheit in der Vertretung.

Fazit: Der Politikansatz des neuen Bürgermeisters gibt noch Rätsel auf. In der Außenwirkung fehlt es bislang an Kreativität und in der Mitarbeiterführung an einer Idee zum Gelingen.

Prioritäten im Straßenbau gesetzt Soll die Potsdamer Straße mit dabei sein?

Die Gemeindevertretung hat auf Vorschlag des Bauausschusses die Prioritätenliste für den Straßenbau in den nächsten Jahren beschlossen. Die Prioritätensetzung erfolgte nach Anhörung der Ortsbeiräte unter Berücksichtigung des aktuellen Zustandes der Straßen und ihrer Bedeutung für den Straßenverkehr.



Eckhard Reinkensmeier, stellv. Vorsitzender des Bauausschusses hierzu:

„Die Liste zeigt, dass Michendorf ein gutes Stück weiter zusammengewachsen ist. Von „Ortsteils-Egoismen nach der Devise, jeder soll

etwas vom Kuchen abbekommen, haben wir uns nicht leiten lassen. Das ist eine gute Entwicklung.“

Auf Vorschlag der SPD-Fraktion wurde beschlossen, die Planungsmittel für alle Straßen bereits im Haushalt 2016 zu veranschlagen. Dies ermöglicht einen frühzeitigen Planungsbeginn und die notwendige Durchführung der Anwohnerbeteiligung ohne Zeitdruck.

Widerstand formiert sich gegen eine Sanierung der Potsdamer Straße im Ortsteil Michendorf. Der Straßenzustand ist nicht gut. Die Sanierung würde eine positiv auf das Ortsbild wirkende Umgestaltung ermöglichen. Die Anwohnerinnen und Anwohner, aber auch die Gewerbetreibende fürchten die finanziellen Belastungen und tatsächlichen Auswirkungen der Baumaßnahme.

Volker-Gerd Westphal, Fraktionsvorsitzender der SPD: „Hierüber müssen wir reden. Einerseits ist die Potsdamer Straße für die Gemeindeentwicklung von sehr großer Bedeutung. Andererseits dürfen wir die Anwohnerinnen und Anwohner nicht überfordern. Es gibt bestimmt eine Lösung, wie wir das eine tun und das andere nicht lassen müssen.“

Tabellarische Übersicht: Beschluss der Gemeindevertretung vom 5.10.2015

Straßenname / Ortsteil	Jahr	grob geschätzte Gesamtkosten einschließlich Planung
Dr.-Albert-Schweitzer-Straße zw. Peter-Huchel-Chaussee und An den Lauben in Wilhelmshorst	2017	450.000 €
Amselweg zw. Vogelweide und Hubertusweg in Wilhelmshorst	2018	66.000 €
Hubertusstraße zw. Bahnstraße und Waldstraße in Michendorf	2018	185.000 €
Lienewitzallee zw. Kastanienallee und Weißdornallee in Michendorf	2018	253.000 €
Langerwischer Weg zw. B 2 und Karl-Marx-Straße in Wildenbruch	2019	326.000 €
Potsdamer Straße zw. Teltower Straße und Kreuzpunkt Luckenwalder Straße in Michendorf	2020	700.000 €



Besondere Orte in Michendorf kennzeichnen

Nuthetal macht es vor. Es ist gut, besondere Orte in der Gemeinde zu kennzeichnen. Dies soll jetzt auch in Michendorf geschehen. Auf Initiative der SPD sollen Baudenkmäler und besondere Orte in der Gemeinde mit Hinweisschildern gekennzeichnet werden. Heimatvereine u. Vereine f. Ortsgeschichte unterbreiten hierzu Vorschläge.

Impressum

Herausgeber und V.i.S. d. P.: SPD Ortsverband Michendorf, Volker-Gerd Westphal, Tel. 0160/4717449, www.spd-michendorf.de

Satz & Layout: B. Hübner, Tel. 0151/ 54892259, www.uniwerbsum.de

Kiesabbau oder Deponie!

Sollte der Kiessandtagebau in der Fresdorfer Heide vergrößert oder sogar zu einer Deponie erweitert werden?



Wo hin mit dem Müll? Foto: gw

Die Erinnerungen an den Wildenbrucher Müllskandal von 2008 begannen schon zu verblassen, als es im Oktober letzten Jahres um dieses Thema wieder lauter wurde. Mit malerischen Versprechungen wird nun gleich für zwei neue Großprojekte geworben.

Statt Rekultivierung und Beendigung des Kiesabbaus soll das Gelände in der Fresdorfer Heide als oberirdische Deponie der Klasse 1 genutzt werden. Darüber hinaus gibt es Pläne, dort eine Bioabfallvergärungsanlage für den Bioabfall aus Potsdam und Teilen Potsdam-Mittelmarks zu

errichten. Die Michendorfer Gemeindegremien befassten sich mit den Gefahren und Problemen, die diese Projekte mit sich bringen würden. Zwar sollen Abfälle auf einer Deponie der Klasse 1 nur einen eher geringen organischen Anteil enthalten und es darf nur geringe Schadstofffreisetzung stattfinden, jedoch bringt dies gleichwohl Gefahren für Grundwasser, Natur und Anwohner mit sich. Hinzu kommt ein hohes LKW-Verkehrsaufkommen, was auch für die Bioabfallvergärungsanlage gelten würde. Die bereits genutzten Flächen sind zudem von einem Landschaftsschutzgebiet umgeben. Die SPD-Michendorf wendet sich deshalb gegen beide Großprojekte.

Zitat Christian Worm „Das bisherige Ausmaß der gewaltigen Einschnitte in die Natur konnte ich bis zu einer Begehung vor einem Jahr selbst kaum glauben. Es zeigte sich, dass die Reste des alten Skandals noch nicht einmal beseitigt wurden. Wildenbruchs Charakter wird von seiner weitläufigen Natur geprägt. Auch die inzwischen gegründete Bürgerinitiative möchte diese Risiken und möglichen Spätfolgen nicht in Kauf nehmen. Aus meiner Sicht muss dem Projekt ein klares NEIN erteilt werden!“

Bürgerinnen und Bürger finanziell entlasten!

Weiterhin gute Einnahmesituation in Michendorf



Dipl. Volkswirt, Ralf Behrens, Sachkundiger Einwohner im Finanzausschuss und stellv. Ortsvorsitzender der SPD

Auch für das Jahr 2016 zeichnet sich wieder ab, dass die Gemeinde höhere Einnahmen aus der Gewerbesteuer, aber auch aus den gemeindlichen Anteilen an der Einkommen- und Umsatzsteuer sowie aus dem kommunalen Finanzausgleich erzielen wird. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob nicht auch die

Bürgerinnen und Bürger in Michendorf von der guten Einnahmesituation unmittelbar profitieren sollten, sprich finanziell entlastet werden könnten. In der SPD-Michendorf wurde hierüber heftig diskutiert. Soll man überhaupt eine Entlastung vorschlagen, schließlich kann es wieder schlechtere Zeiten geben und dann muss möglicherweise die Entlastung wieder zurück genommen werden. Soll man vorrangig die Familien entlasten, zum Beispiel durch eine Senkung der KITA-Gebühren oder eine kostenfreie Essensversorgung

in den KITAs und Schulen. Auch die Grundsteuer könnte gesenkt werden. Entschieden hat sich der SPD-Vorstand dann dafür, zunächst nur vorzuschlagen, auf die Erhebung der Straßenreinigungs- und Winterdienstgebühr für die Jahre 2017 und 2018 zu verzichten. Dies entlastet alle, weil auch Mieter diese Gebühr als Teil ihrer Betriebskosten zahlen müssen.

Der Gemeindevertretung liegt nun ein entsprechender Antrag vor. Echte Erfolgchancen hat dieser leider nicht. Bürgermeister Reinhard Mirbach will mehr Personal in der Gemeindeverwaltung einstellen und spricht von Wahlkampf. Gerd Sommerlatte sieht auch keine Entlastungsmöglichkeiten und war schon in der Vergangenheit dafür, die Grundsteuer zu erhöhen. Dies möchte auch Claudia Günter von den B90/Grünen, wahrscheinlich um noch mehr Geld auf den Konten der Gemeinde anzusammeln.

Ralf Behrens: „Super Logik: Steuern und Abgaben in der Gemeinde Michendorf sollen wohl immer nur steigen? Bei anhaltend guten Einnahmen und Suche nach Anlagemöglichkeiten für gemeindliche Millionen sind angemessene Entlastungen durch Abgabensenkungen mehr als sinnvoll. Und kein Wahlkampfthema, zumal aktuell überhaupt keine kommunalen Wahlen anliegen.“

Integration für Flüchtlinge unverzichtbar

Es ist beschlossen: im bisherigen SensConvent-Hotel im Ortsteil Michendorf sollen bis zu 250 Flüchtlinge untergebracht werden. Sinkt auch aufgrund der aktuellen politischen Entwicklung die Zahl der Neuaufnahmen in Brandenburg, so ist doch sicher damit zu rechnen, dass das Hotelgebäude genutzt werden wird. Damit steht Michendorf vor der Herausforderung, die Integration der Flüchtlinge ins gemeindliche Leben vorzubereiten und einzuleiten. Gemeinsam mit der Fraktion B90/Grüne hat sich die SPD-Fraktion dafür eingesetzt, in der Gemeinde eine Ehrenamtskoordinatorin oder einen Ehrenamtskoordinator zu installieren. Dies hat nichts mit einer Steuerung oder gar Bevormundung der im Ort aktiven Vereine und Organisationen zu tun. Es geht vielmehr darum, den Vereinen und Organisationen eine Ansprechperson außerhalb der gemeindlichen Verwaltung anzubieten, die bei der Bereitstellung von Ressourcen – z.B. Räume und Fördermittel – helfen kann, aber auch Informationen zur Verfügung stellt und so das Entstehen eines Netzwerkes befördert. Natürlich soll diese Person nicht nur zur Integration der Flüchtlinge beitragen, sondern insgesamt positiv auf das ehrenamtliche Engagement zum Wohle aller Bürger wirken.



Edith Volkmer, Sachkundige Einwohnerin im Sozialausschuss: „Eine Ehrenamtskoordination kann außerhalb der

Gemeindeverwaltung bei einem freien Träger organisiert werden. Dann muss die Gemeinde nur ein Teil der Finanzierung absichern. Freie Sozialträger meist gute Erfahrung damit, wie man die in einem Ort ansässigen Vereine und Organisationen stärken kann, ohne dass man sich in ihre inneren Angelegenheiten einmischt.“

Haben Sie Fragen oder Vorschläge? Kontakt : www.spd-michendorf.de

Michael Hennemann



Michael Hennemann aus dem Ortsteil Langerwisch ist unser Sachkundiger Einwohner im Bau- und Umweltausschuss unserer Gemeinde. Als Landschaftsarchitekt und Vorstandsmitglied der Brandenburgischen Architektenkammer setzt er sich dafür ein, dass die Wohn- und Lebensqualität in unserer Gemeinde bei allen Bauvorhaben eine hohe Priorität besitzt. Dies gilt ebenso für die Gestaltung der öffentlichen Freiräume. Michael Hennemann ist der Schutz der Natur und der Umwelt, aber auch die Förderung der Baukultur im ländlichen Raum eine Herzensangelegenheit.

Bahnhof soll gekauft werden!

Bürgerbegehren war doch noch erfolgreich

Über 1.700 Michendorferinnen und Michendorfer hatten unterschrieben. Waren zuvor der Bürgermeister, die CDU- und FBL/UWG-Fraktion und Claudia Günter von B90/Grüne gegen einen Bahnhofskauf, weil sie die finanziellen Risiken fürchteten und ein Nutzungskonzept vermissten, das der Bürgermeister eigentlich selbst mit Unterstützung der Gemeindevertretung entwickeln wollte, gab es nach Vorlage der Unterschriften nun niemanden mehr in der Gemeindevertretung, der jemals „Gegner“ des Kaufes gewesen sei. Man hatte eben nur Bedenken, wie es Gerd Sommerlatte es nannte. Die SPD-Fraktion und Hartmut Besch mit der FDP-Fraktion sowie Peter Pilling mit der Fraktion DIE LINKE waren jedenfalls froh, als nun endlich dem Antrag auf Kauf des Bahnhofsgebäudes gefolgt wurde. Wen interessieren schon noch die Querelen der Vergangenheit, wenn es jetzt darum geht, mit der Bahn einen guten Kaufvertrag auszuhandeln. Die hierfür gebildete Arbeitsgruppe unter Vorsitz des Bürgermeisters steht vor der

Herausforderung, die Interessen der Gemeinde zu wahren, andererseits aber die Bahn zu überzeugen, den Bahnhof nicht doch meistbietend an den Mann oder die Frau zu bringen. Bis zum Sommer soll der Vertrag vorliegen. Ein ganz besonderer Dank gebührt Jürgen Rose, der mit seinem unermüdlichen Einsatz die Initiative zum Bahnhofskauf gegründet und betrieben hat. Auch den anderen Mitwirkenden ist zu danken: Bürgerschaftliches Engagement lohnt sich! Manch ein politisch Verantwortlicher kann umdenken, denn schließlich will man später wieder gewählt werden.

Hinsichtlich der Nutzung des Gebäudes ist ein Familienzentrum im Gespräch. Ein Familienzentrum ist eine gute Sache. Es fragt sich nur, ob es ins Bahnhofsgebäude passt. Wichtig ist vor allem, dass möglichst viel Leben im Bahnhofsgebäude ist und bleibt, auch in den Abendstunden und am Wochenende, denn dies reduziert die Vandalismus-Gefahr.

Entwicklung: Teltomat-Gelände

Auf dem sogenannten Teltomat-Gelände werden die verbliebenen Gebäude abgerissen. Der Eigentümer hat Kontakt mit dem Bürgermeister aufgenommen, weil es jetzt mit der baulichen Entwicklung der Flächen losgehen soll.

Michael Hennemann: „Das wäre eine wirklich gute Sache. Wir sollten den Eigentümer unterstützen, die innerörtlich richtigen Entscheidungen zu tref-

fen. Entscheidend dabei ist: Wir dürfen das Areal nicht isoliert betrachten, sondern brauchen eine kreative Gesamtlösung. Die Brandenburgische Architektenkammer könnte hier eine wertvolle Hilfestellung leisten. Die Entwicklung der Potsdamer Straße mit den dort ansässigen Gewerbestandorten ist unbedingt miteinzubeziehen - zumal die inzwischen angesiedelten Supermärkte sich nunmehr in Ortsrandlage befinden.“

kurz informiert



Anlagemöglichkeiten gesucht

Der Finanzausschuss hat sich in seinen letzten beiden Sitzungen damit befasst, ob und wie das Geld der Gemeinde angelegt werden kann. Aktuell befinden sich auf den Giro- und Tagesgeldkonten der Gemeinde rund 6,6 Mio. €. Noch vorhandene Schulden in Höhe von rund 2 Mio. € können wegen der bestehenden Kreditlaufzeiten nicht vorzeitig zurückgezahlt werden. Angesichts der aktuellen Niedrigzinsphase ist es nicht einfach, eine gute Anlagemöglichkeit für das gemeindliche Geld zu finden. Mindestens 2 Mio. € werden mittelfristig nicht für die bereits geplanten Investitionen benötigt.



Man mag schon gar nicht mehr daran denken. Was für ein Wahnsinn! Tausende von Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer in der Gemeinde Michendorf werden nicht angehört. Sie bekamen in der Weihnachtszeit vom WAZV Mittgraben ein Schreiben, dass sie mehrere tausend Euro für ihre Abwasseranschlüsse nachzahlen sollen und das auch noch „sofort“! Dies wird in Erinnerung bleiben. Das war keine Meisterleistung der örtlich Verantwortlichen! Das SPD-geführte Innenministerium des Landes wurde wegen seiner passiven Haltung in dieser Sache auch kritisiert. Aber dabei darf nicht vergessen werden: Kommunale Selbstverwaltung heißt

auch Verantwortung kommunal zu übernehmen. Die maßgeblichen Entscheidungen wurden vor Ort getroffen. Angesichts der bis Mitte Dezember 2015 ungeklärten Rechtslage und den unterbliebenen Anhörungen hätte Reinhard Mirbach zumindest durchsetzen können und müssen, dass die sofortige Vollziehung der Bescheide ausgesetzt wird.

Zitat Volker-Gerd Westphal: „Wir haben die Rechtmäßigkeit der Bescheide von Anfang an infrage gestellt. Unserem Antrag in der Gemeindevertretung, zumindest den Vollzug der Bescheide bis zur Klärung der Rechtslage auszusetzen, sind der Bürgermeister, die CDU- und die FBL/UWG-Fraktion nicht gefolgt. Jetzt gilt es, möglichst schnell die Rückzahlungen zu veranlassen und die entstandenen Schäden zu ersetzen. Aber leider werden wir alle für die Schäden aufkommen müssen, denn es ist wohl nicht damit zu rechnen, dass irgend jemand zur Haftung heran gezogen werden kann.“